

Inhaltsübersicht

	Seite
Erster Abschnitt	11
Einleitung	
Zweiter Abschnitt	17
Der Schußwaffeneinsatz gegen Personen mit tödlicher Folge bzw. mit tödlichem Risiko nach derzeitigem Recht	
§ 1 Die gesetzlichen Regelungen des polizeilichen Schußwaffen- gebrauchs im internationalen Vergleich	17
I. Die Deutsche Demokratische Republik	17
1. Das Polizeigesetz	17
2. Das Grenzgesetz	17
II. Die westeuropäischen Staaten	18
III. Die Vereinigten Staaten von Amerika	19
IV. Die Bundesrepublik Deutschland	23
1. Die Gesetzgebungskompetenz	23
2. Der Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes ...	23
3. Die Regelungen des Bundes	24
4. Die Regelungen der Länder	24
V. Zwischenergebnis	26
§ 2 Die Systematik der Regelungen über den Schußwaffen- gebrauch im Bund und in den Ländern	28
§ 3 Die Zulässigkeit des finalen Rettungsschusses	29
I. Die Angriffsunfähigkeit als Zweck des polizeilichen Schuß- waffengebrauchs nach den Gesetzen über den unmittelbaren Zwang	30
II. Die Berufung auf die allgemeinen Notrechte	35
1. Die Notrechte in der Statistik über den Schußwaffen- gebrauch der deutschen Polizei	36
2. Die Rechtfertigung des polizeilichen Schußwaffen- einsatzes als Notwehr/Nothilfe	38
3. Die Geltung der allgemeinen Notrechte für hoheitliches Handeln	43

a) Die Inkorporation der Notrechte	45
b) Die Konkurrenz zwischen Bundes- und Landesrecht	46
c) Der Polizeibeamte als Hoheitsträger oder als Privatperson	47
d) Das Analogieverbot	49
e) Der Zweck der Notwehr	51
f) Der Grundsatz der Spezialität	52
g) Die Einheit der Rechtsordnung	53
h) Die Bindung des Polizeibeamten an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	55
i) Die Rechtsposition des Polizeibeamten bei der Abwehr von Angriffen gegen seine Person	56
j) Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung: Der Vorbehalt des Gesetzes und die Kompetenzregel	58
k) Der Vergleich mit anderen Rechtfertigungsgründen ..	60
l) Die dogmatische Stellung der Notrechte	64
III. Die Bedeutung der Entschuldigungsgründe und des Irrtums	65
§ 4 Der „tödliche Fehlschuß“	69
§ 5 Zwischenergebnis	72
Dritter Abschnitt	73
Grundsätzliche Probleme des polizeilichen Schußwaffengebrauchs gegen Personen	
§ 1 Folgen für den Polizeibeamten	73
§ 2 Die Anordnung des Schußwaffengebrauchs	76
I. Die Anordnung durch Vorgesetzte	76
1. Das Weisungsrecht	76
2. Die Gehorsamspflicht und das Weigerungsrecht	79
3. Die Anmeldung von Bedenken	81
4. Die Verantwortlichkeit	83
II. Die Anordnung durch die Staatsanwaltschaft	86
§ 3 Der Grundrechtsschutz für den Polizeibeamten	88
I. Die Geltung der Grundrechte im besonderen Gewaltverhältnis	88

II. Die Grundrechte des Polizeibeamten beim Schußwaffeneinsatz	91
1. Art. 4 Abs. 1 GG — Gewissensfreiheit —	92
2. Art. 2 Abs. 1 GG — Entscheidungs-/ Entschließungsfreiheit —	96
3. Art. 3 Abs. 1 GG — Gleichbehandlungsanspruch — ...	98
III. Der Verzicht des Polizeibeamten auf seine Grundrechte ...	99
IV. Beamtenrechtliche Konsequenzen	102
§ 4 Zwischenergebnis	104
 Vierter Abschnitt	 107
Die Notwendigkeit einer Neuregelung des Rechts über den Schußwaffengebrauch der Polizei gegen Personen	
§ 1 Die fehlende Rechtsgrundlage für den gezielt tödlichen Schuss	107
§ 2 Die gesetzliche Begrenzung der Fälle von gezielt tödlichen Schußwaffeneinsätzen der Polizei	108
§ 3 Die erfolgreiche Bekämpfung der Gewaltkriminalität	110
§ 4 Die technische Weiterentwicklung polizeitypischer Waffen	112
§ 5 Die bundesweite Einheitlichkeit des Polizeirechts	112
§ 6 Das tödliche Risiko beim Schußwaffeneinsatz gegen Personen	113
§ 7 Die Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn gegenüber den Polizeibeamten	115
§ 8 Zwischenergebnis	117
 Fünfter Abschnitt	 118
Das Modell der Neuregelung	
§ 1 Der Vorschlag für die Fassung einer Sondervorschrift über den Einsatz tödlich wirkender Schußwaffen gegen Personen	118
§ 2 Ergänzende Hinweise	119

Inhaltsübersicht

Sechster Abschnitt	123
Zusammenfassung und Ergebnis	
Quellenverzeichnis	126
Sachverzeichnis	144